Die Faschistengefahr in Finnland

Von Paul Olberg (Berlin)

Im „Lande der tausend Seen", welches von den jungen Ostseestaaten stets das lebhafteste Interesse der öffentlichen Meinung Europas erweckte, spielen sich bedenkliche Ereignisse ab. Die Republik Finnland macht eine Staatskrisis durch, die von größter Tragweite für das Geschick des Landes sein kann. Demokratie oder Diktatur? Parlamentarismus oder Faschismus? Das sind die Streitfragen, welche peinlich die finnische Nation beschäftigen. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine theoretische Auseinandersetzung zwischen politischen Parteien verschiedener Weltanschauung, sondern um die praktische Verwirklichung der Grundsätze der Demokratie oder der Diktatur in der allernächsten Zukunft. Kürzlich mußte das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Finnlands „Suomen Sosialidemokraatti" die aufsehenerregende Feststellung machen, daß „die demokratische Republik Finnland zu existieren aufgehört habe". Zweifellos haben diese Nachricht alle demokratischen Kreise Europas mit besonderer Sorge vernommen. Ist doch Finnland als ein Land der alten demokratischen Traditionen bekannt.

Ihrem Wesen und ihrem Verlauf nach sind die Vorgänge in Finnland von lehrreichem Interesse für die deutschen Republikaner. Vorerst kann man, wie wir später sehen werden, an dem Beispiel Finnlands sehr anschaulich beweisen, daß für eine junge Republik besondere Schutzorganisationen, wie z. B. das Reichsbanner in Deutschland, eine unerläßliche politische Notwendigkeit seien. Ueberdies steht im Mittelpunkt des gegenwärtigen Wahlkampfes in Deutschland dieselbe Frage über Demokratie oder Diktatur, welche Finnland in zwei Lager zerreißt. Dabei ist an die historische Tatsache zu erinnern, daß der finnische Faschismus seinerzeit seine Taufe von den militärischen Trägern der deutschen Republik erhielt. Schließlich ist es heute ein offenes Geheimnis, daß die Führer des finnischen Faschismus ständige Beziehungen zu Hitler, Seldte und Genossen pflegen.

Die gegenwärtige Bewegung in Finnland ist ausgesprochen nationalistisch-reaktionär bzw. faschistisch. Sie ist als die Lappo-Bewegung, nach dem Namen der Hauptstadt der Provinz Oesterbotten, Lappo, bekannt. Diese Provinz ist zugleich das Zentrum des freiwilligen bürgerlichen Schutzkorps. Die bäuerliche Bevölkerung Oesterbottens kennzeichnet sich durch ihren Eigensinn, ihre Energie und Hartnäckigkeit. Sie ist sehr konservativ. Gerade dort nahmen die finnischen Bolschewisten eine provokatorische Haltung ein, indem sie herausfordernd in roten Blusen nach dem russischen Muster in den Kirchen erschienen, Gottesdienste störten und Demonstrationen sowie andre Kundgebungen mit der Losung „Es lebe ein Sowjet-Finnland" veranstalteten. Es ist ohne weiteres klar, daß diese unverantwortliche und leichtfertige Haltung verletzend für die Bauern war. Sie bildete auch den Ausgangspunkt der Lappo-Bewegung. Die Bauern taten sich zusammen mit dem Zweck der Bekämpfung des Bolschewismus. Eine Organisation „Suomen Lukko", Finnlands Schloß und Riegel, ist ins Leben gerufen worden. Die antibolschewistischen Maßnahmen begannen mit der Mißhandlung und der Entführung einzelner Kommunisten und der Vernichtung ihrer Druckerei in Wasa.

Die reaktionären Führer der bürgerlichen Parteien, vor allem die Grundbesitzer und die Landpfarrer, versuchten sofort die spontane Bauernbewegung für ihre politischen Zwecke auszunutzen. Sie veranstalteten in verschiedenen Orten des Landes Kundgebungen, die formell nur gegen die Bolschewisten, in Wirklichkeit aber auch gegen das bestehende demokratische Regime und gegen die Sozialdemokratie gerichtet waren. Neben den Grundbesitzern und Geistlichen ist die jungfinnische Partei als treibende Kraft des Faschismus zu bezeichnen. Im übrigen setzt sich die Anhängerschaft des finnischen Faschismus aus Elementen sämtlicher bürgerlicher Parteien zusammen. Seine wirtschaftliche Grundlage bilden hauptsächlich Industrielle und Bankiers, die, wie überall, der faschistischen Bewegung Mittel zur Verfügung stellen. Mit andern Worten, die Lappo-Bewegung ist keine Bauernbewegung im eigentlichen Sinne des Wortes, wie es in der Tagespresse behauptet wird. Die Hauptführer der Bewegung sind neben den Landwirten Kosola und Herttua, ein Akademiker Pihkala, der sich als Organisator von Streikbrecherverbänden einen traurigen Ruhm erworben hat, und ein Ingenieur Breilin, ein Geschäftsführer eines Industriewerkes und notorischer Scharfmacher der Unternehmerschaft.

Die geschlossene oganisierte Macht des finnischen Faschismus bildet das Schutzkorps, das sich im Jahre 1918, in den Tagen des unseligen Bürgerkriegs, in der Form der Weißen Garde mit dem reaktionären General Mannerheim an der Spitze und mit Unterstützung der deutschen Truppen unter dem Kommando von General v. d. Goltz formierte. Unter dem Vorwand der Liquidation des bolschewistischen Aufstands erdrosselte die Weiße Garde in bestialischer Weise die gesamte Arbeiterbewegung Finnlands. Das Schutzkorps ist eine feste, organisierte bürgerliche Armee von mehr als 100 000 Freiwilligen, die nahezu sämtliche Waffengattungen umfaßt. Das Schutzkorps ist dem stehenden Heere gleichgestellt. Gemeinsame Uebungen und wechselseitige Kommandos von Offizieren halten eine innige Verbindung aufrecht. Die Mittel für den Unterhalt des Schutzkorps werden zur Hälfte durch private Beiträge des Bürgertums, zur Hälfte durch Staatsunterstützung aufgebracht. In den letzten Jahren waren im Staatshaushalt für das Schutzkorps über 40 000 000 Finnmark jährlich eingetragen.

Als die Lappo-Bewegung ausbrach, erklärten die Kommandostellen des Freikorps ganz unzweideutig, daß sie gegen die Bewegung keine Maßnahmen unternehmen würden. Besonders bemerkenswert ist, daß an dem „Marsch auf Helsingsfors", der am 7. Juli von den Führern der Bewegung organisiert wurde, um einen Druck auf den finnischen Reichstag im Sinn ihrer Forderungen auszuüben, zahlreiche Mitglieder des Schutzkorps in Bauernkleidung sich beteiligt haben.

Für eine demokratische Republik ist es natürlich eine eigenartige Erscheinung, wenn neben der regulären Armee ein Freikorps auf Rechnung des Staates besteht, für das antidemokratische und antirepublikanische Ziele ausschlaggebend sind. Denn das Schutzkorps ist wie gesagt, im Grunde genommen, eine ausgesprochene faschistische Miliz. Alle Versuche der Sozialdemokraten, dem Schutzkorps die Staatsmittel zu entziehen oder sie wenigstens einzuschränken, bzw. das Schutzkorps zu entwaffnen, sind bisher an der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gescheitert. Leider, und das muß besonders betont werden, lieferte die Politik der finnischen Bolschewisten dem Bürgertum des Landes Argumente zugunsten der Aufrechterhaltung des Schutzkorps. Man muß sich die geographische Lage des kleinen Finnlands an der Grenze des großen bolschewistischen Rußlands vergegenwärtigen, um die Situation zu begreifen. Die kommunistische Losung: Sowjet-Finnland sowie die ständige Einmischung der Komintern in die innern Angelegenheiten Finnlands ist an sich eine tatsächliche Gefahr. Diese Tatsachen können leicht von den bürgerlichen Parteien weiterhin für agitatorische Zwecke ausgebeutet werden.

Nach den sozialen Verhältnissen des Landes konnte die finnische Sozialdemokratie keine besondere Abwehrorganisation zum Schutze der demokratischen Freiheiten der Republik, z. B. nach dem Muster des deutschen Reichsbanners, schaffen. Sie konzentrierte daher ihre Kräfte auf die Organisation der Arbeiter und der armen Bauern und förderte die Gewerkschaftsbewegung. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sollten naturgemäß die Stützen der demokratischen Republik bilden. Aber die schädliche Spaltungstaktik der Bolschewisten haben die Arbeiterorganisationen, namentlich die Gewerkschaften, sehr geschwächt und ihre Kampffähigkeit beeinträchtigt. Die Folgen dieser Politik sind im heutigen kritischen Augenblick besonders empfindlich. So haben auch in Finnland die Bolschewisten der faschistischen Reaktion die Wege geebnet.

Die finnische Sozialdemokratische Partei lehnt den Bolschewismus konsequent ab. Demzufolge bekämpfte sie von Anfang an die schädlichen Treibereien der finnischen Anbeter Moskaus. Sie ist aber gegen den aggressiven Antibolschewistenkurs mit seinen terroristischen Exzessen, wie sie in der letzten Zeit gehandhabt werden. Dazu liege, nach ihrer Ueberzeugung, keine politische Notwendigkeit vor.

Unter dem Drucke des Faschismus mußte das Kabinett Kallio zurücktreten; obgleich es den Kampf gegen die Kommunisten aufgenommen hatte, war es dem Kosola und Genossen zu schwach, um das faschistische Programm restlos durchzuführen. An der Spitze der gegenwärtigen Regierung steht der konservative Svinhufvud. Sie ist eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien, ohne die Lappo-Partei, welche den Eintritt in das Kabinett ablehnte, weil man ihre Ansprüche auf drei Ministerportefeuilles nicht erfüllen konnte.

Der Reichstag hat die Ausnahmegesetze des Kabinetts Svinhufvuds gegen die Kommunisten mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen Stimmen, bei Abwesenheit der kommunistischen Fraktion, angenommen. Da aber die für die beschleunigte Behandlung erforderliche Mehrheit nicht erreicht wurde, weil die Sozialdemokraten dagegen stimmten, so ist der Reichstag aufgelöst worden. Daher müssen die Gesetze bis nach der Neuwahl ruhen, die am 1. und 2. Oktober stattfinden, während das Parlament am 20. Oktober zusammentritt. Mittlerweile setzen die Lappo-Leute ihre Gewalttaten fort. Sie terrorisieren und sprengen auch sozialdemokratische Arbeiterversammlungen; in Wiborg forderte eine Lappo-Abordnung vom Landeshauptmann das Verbot der sozialdemokratischen Tageszeitung „Kansan Tys"; sie unternahmen Haussuchungen in den Räumen der Gewerkschaften; die Lappo-Leute entführten den sozialdemokratischen Bürgermeister von Tammerfors und Vizepräsidenten des Reichstags, Hakilla. Mit Not ist dieser Führer der Sozialdemokratischen Partei dem Tode entronnen. Somit richten die Lappo-Leute jetzt, nach der völligen Lahmlegung der bolschewistischen Partei, ihren Hauptstoß gegen die sozialdemokratischen Organisationen. In einem besondern Aufruf kündigte die Leitung der Lappo-Bewegung offen den Wahlterror gegen die Sozialdemokratie an. In einem „streng vertraulichen" Rundschreiben der Lappo-Leitung („Suomen Lukko") an die Ortsgruppen, das in der finnischen sozialdemokratischen Presse veröffentlicht worden ist, heißt es, daß spezielle Formationen zu bilden sind mit dem Zweck, die Arbeiter bei den Reichstagswahlen einzuschüchtern. In ihrem „Aktionsprogramm" fordert die Organisation „Suomen Lukko" die Abschaffung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten und die Festsetzung des Wahlrechts nach dem Einkommen, das relativ hoch eingeschätzt werden soll. Diese Forderungen machen das Wahlrecht der organisierten Arbeiterschaft sowie überhaupt das bisherige demokratische Wahlsystem Finnlands vollkommen illusorisch. Der finnische Faschismus will mit einem Schlage die demokratischen Rechte des Volkes zunichte machen und das Parlament in ein Werkzeug der bürgerlichen Reaktion umwandeln.

Unter solchen Umständen befremdet außerordentlich die Tatsache, daß die Regierung Svinhufvud gegen den Terror der Lappo-Leute nichts unternimmt. Man bekommt den festen Eindruck, daß die eigentliche Regierung Finnlands gegenwärtig nicht das Ministerium Svinhufvud, sondern die Führerschaft der Lappo-Bewegung ist, die die Ausschreitungen ihrer Leute wohlwollend duldet.

In dieser Schicksalsstunde der finnischen Nation ist die Sozialdemokratische Partei Finnlands die einzige wirkliche Hüterin der Volksrechte. Ihre Wahlparole lautet: „Für die Demokratie und für den Rechtsstaat gegen die Reaktion. —

Aube / Erzählung von Henry von Heimy

Der Leutnant Aube gehörte zu einem Bataillon, das um die Mitte des Januar 1918 von der Verdunfront verlegt wurde. Nach Mitternacht und bei strenger Kälte war man auf einem finstern Bahnhof verladen worden, und dann, ohne das Ziel der Fahrt zu wissen, über dem Stoßen der Achsen eingeschlafen. Am folgenden Mittag schon hielt der Zug. Da war's Attigny (Nord-Champagne) und das Rätsel gelöst. Als man auslud, zeigte es sich, daß für die Infanteriekompanien, sowie die erste MGK. in Attigny selbst Quartier für einen Ruhetag bereit gehalten war, während die zweite, die Maschinengewehrkompanie Aube, das Dorf St-Faubourg zugewiesen bekam.

Wo war St-Faubourg? Leutnant Aube trat, da eben ein kalter Regen einsetzte, in den Vorraum des Stationsgebäudes und studierte die Karte. Er war noch nicht lange bei diesem Bataillon, drei Monate, und er mußte natürlich bei Schmutz und Nässe nach St-Faubourg! Als dann die Kameraden fortritten, hob er den Blick und winkte sich seinen Feldwebel, einen ältern, aber hurtigen Mann. „Wir müssen's wieder sein, Herr Leutnant!", sagte dieser gepreßt, die ergebenen Augen groß — worauf Aube nickt, den Weg mit dem Bleistift an des Feldwebels Nase hin in die Karte einzeichnete, dann mit dem Futtermeister den Dogcart bestieg und abfuhr, Quartier zu machen.

Sie fuhren durch die kotigen Straßen der Stadt, schöne französische Häuser zur Rechten und Linken, wortlos in den immer zunehmenden Regen. Draußen dann breitete sich die Landschaft im Dunst; links von der Straße ein grauer Fleck — der Leutnant deutete mit dem Peitschenstiel hinüber — mußte St-Faubourg sein.

Eine halbe Stunde später erblickte Aube auf der nach links zum Dorfe abgehenden Pappelstraße zwei einzelne Reiter, sie schwammen durch die Zeile dahin. Auch der Futtermeister schwieg, er war verkatert, von der vorigen verwachten und verzechten Nacht her, übel und kalt war ihm. Aube dagegen, in dieser schwimmenden Weite, gewann von Minute zu Minute seine Fröhlichkeit zurück, ziemlich durchnäßt und heiter stierte er gegen den Rücken des trabenden Pferdes. So verloren wie oft, dachte er und sah diesen nassen Rücken genau an — seit man von der Mutter kam, und so weit von allem, ausgestoßen vom Rittmeister in ein andres Dorf, aus dem Truppenteil nach dessen Meinung zurückgesetzt, jedoch in Wahrheit wieder einmal vorangestellt. Zum Katzenkraueln! Man schläft so schön, man döst so halb, träumt zu drei Viertel — irgendwo ist auch Krieg. Leutnant Aube „wanderte" gern, dieses Bataillon war sein zwölfter Truppenteil in drei Kriegsjahren. Wie es möglich war, ist schwer zu sagen. Lernte er irgendwo die Leute zu genau kennen, so begann er unruhig zu werden und betrieb dann seine Versetzung. Sein Freund schrieb ihm darüber: Du wanderst am Tode vorbei. — Wie käme ich dazu, ein Glückspilz zu sein! antwortete ihm Aube.

Daran dachte dieser soeben, als ein Reiter neben dem Wagen auftauchte, der sein Pferd zügelte, wendete, tanzen ließ und sein wütendes Gesicht so nahe als möglich zum Leutnant heranbrachte.

„Stollen bei Tauwetter!" schrie dieser Offizier — nur Gesicht, wie es Aube schien, nur hüpfendes, höchst unzufriedenes Gesicht, Pfütze von Antlitz über dem breiten Zimt mit zuckerfarbenem Pelzkragen. „Ja, Stollen!" schrie er, tanzte und deutete.

Bestürzt wandte sich der Leutnant zum Futtermeister. Dieser nickte: „Wir wurden ja bei Frost verladen."

So ist es! und: Auch die andern Pferde! — wollte Aube dem Reiter zurufen, tat es aber nicht, sondern hob, plötzlich ergrimmt, die nasse Peitsche und setzte das Pferd in Trab, worauf der andre mit einer Verwünschung zurückblieb.

Der Futtermeister beteuerte seine Unschuld, Aube nickte und schwieg. Man bog links ab und gelangte bei früh hereinbrechender Dunkelheit ins Dorf.

Sie stiegen mit dem Ortskommandanten durch den Schlamm, die Quartiere anzusehen. Dann war's plötzlich dunkel. Aube blieb im schräg herzielenden Regen stehen, denn die Stollen waren ihm wieder eingefallen. Stollen bei Tauwetter!? sagte er sich — das ist ja eine ganz außerordentliche Frechheit, mir dieses zu bieten, und eine gleichgroße Dummheit von mir, es sagen zu lassen, ohne eine Antwort zu finden . . . ja, eine Antwort! Ich werde sogleich einen Treppenwitz machen! Als ob man Scheuklappen hat!

Der Kommandant schwenkte dort die Laterne. Aube aber, der an seinem nassen, blanken Oelmantel niedersah, fühlte Nässe und Ekel außen und innen und wünschte, sofort ins eigne Quartier zu kommen. So gingen sie und durchschritten einen Vorgarten auf ein völlig dunkles breites Haus hin, wo der Begleiter schellte. Eine Magd öffnete wortlos, führte den Leutnant ins Obergeschoß, setzte ihm die Petroleumlampe auf den Tisch und verschwand.

Das erste, was Aube bemerkte, war, daß dies Zimmer nur drei Wände hatte; Fußboden und Decke waren dreieckig, drüben im rechten Winkel stand das Bett, hoch und groß, eine Burg. In der langen Wand schloß er eben die Tür, warf danach den Mantel ab und die Mütze, ergriff ein Handtuch und begann, sich die nassen Haare zu reiben. Er entdeckte, daß seine Unterkleider trocken geblieben waren. Für den Soldaten, da er selten in Häusern lebt, ist ein dreieckiges, also halbes Zimmer ein feuriges Ding. Er rieb und ging auf und ab, am Bettpfosten vorbei, summte und begann, sich äußerst wohl zu fühlen. Auch die Kompanie würde jetzt eingerückt sein. Er stützte sich, das Handtuch in der Hand, gegen die Wände, die Bilder zu betrachten, lauter Bilder in Rahmen, also Gegenstände aus Häusern.

Jetzt dröhnte die Treppe und kam, naß wie ein Hund und fröhlich, sein Bursche Heck. Doch brachte dieser, nachdem er die Kiste niedergesetzt hatte, eine unangenehme Nachricht: ein Feldgendarm habe des Leutnant Strohsack vom Wagen geworfen, und zwar in den Dreck; er aber, Heck, sei zurückgegangen und habe ihn sich wiedergeholt (daher wohl die glänzende Fröhlichkeit), und gerettet; nun liege er hier vorm Hause im Garten, da die Magd es so wolle.

Aube hieß ihn hinuntergehen und Kaffee machen. Dann stand er grübelnd. Gut, daß es Feldgendarmen gab! Hier — herrscht — Ordnung! . . . Doch ließ er seine Heiterkeit nicht los, weil er ja das Zimmer hatte und das Bett. Er begann auszupacken. Später dann kam der Kaffee. Heck berichtete, es sei eine Tochter im Hause, ein schönes Weib — und wünschte Gute Nacht.

Aube fragte ihn nach seiner Unterkunft. „Gleich das Haus nebenan, im Stall. Herr Leutnant werden's schon finden." Er riß am Geländer und polterte fort.

Fort zum Stat — dachte Aube und fühlte sich einsam; der Strohsack im Regen, statt im Stall — und fühlte sich vernachlässigt. Er aß dann. Nach dem Essen rauchte er aus seiner schwarzen Pfeife. Plötzlich aber legte er sie fort und begann seine Stiefel auszureißen. Nämlich, er wollte erkunden, wer in diesem Hause wohne, also einen Abendbesuch machen. Sogleich zog er Zivilschuhe und braune Ledergamaschen an, trat vor den Spiegel und kämmte sich links einen Scheitel. Da sah er bei dieser halben Beleuchtung sein Gesicht wie von Trauer zerrissen und fremd. Wie lange mochte es her sein, daß er in einen Spiegel gesehen hatte? — Im Konfirmandenanzug. — Das Gesicht dort war ihm ganz neu heute, in diesem Augenblick, es sah von unten herauf, verkürzt, großäugig ihn an, forschend wie ein alter Bekannter, jedoch wie einer, der ihm nicht wohl wolle. Erschrocken war er vor seinem eignen Gesicht, Aube, und er wandte sich ärgerlich ab, blies mit einem Fluch ins Zylinderrohr der Lampe und ging hinaus. Auf der Treppe blieb er stehen und sagte: „Heda!" Die Magd erschien. Er erklärte sich, wiederholte es dreimal auf französisch, klar und deutlich. Die Magd, alt, kroch ihm voraus und öffnete eine Tür. So kam er als Besuch, stand im warmen Zimmer, sah zwei Damen, und verbeugte sich als ein Offizier.

Dieses Zimmer war warm, die eine Dame alt, die andre jung; wohl Mutter und Tochter. Sie sahen ihn an, lächelten beide, die Mutter bot einen Stuhl.

„Ich bin der Gast", sagte Aube froh und erregt. —

„Sehr gut", antwortete die alte Dame. „Auf wie lange?" —

„Bis morgen."

Sie hatte eine Handarbeit, doch ließ sie ihre Hand allein arbeiten, und sah den Gast an. Ihr Haar war wüst und grau,

überm Mund hatte sie einen schwarzen Bart. Wieder lächelte sie, vielleicht ein wenig traurig, hätte gern mehr geschwätzt. Aube aber wünschte es auch, und so sah er die Junge gar nicht an, aus Furcht, diese möge einem Gespräch abgeneigt sein . . sah vielmehr immer noch auf das alte Gesicht, das sich verzog, glättete und wieder verzog wie von Lustigkeit ergriffen.

„Nun, ich bin Soldat", sagte er endlich. „Doch bin ich's nicht allein. Daheim bin ich Student."

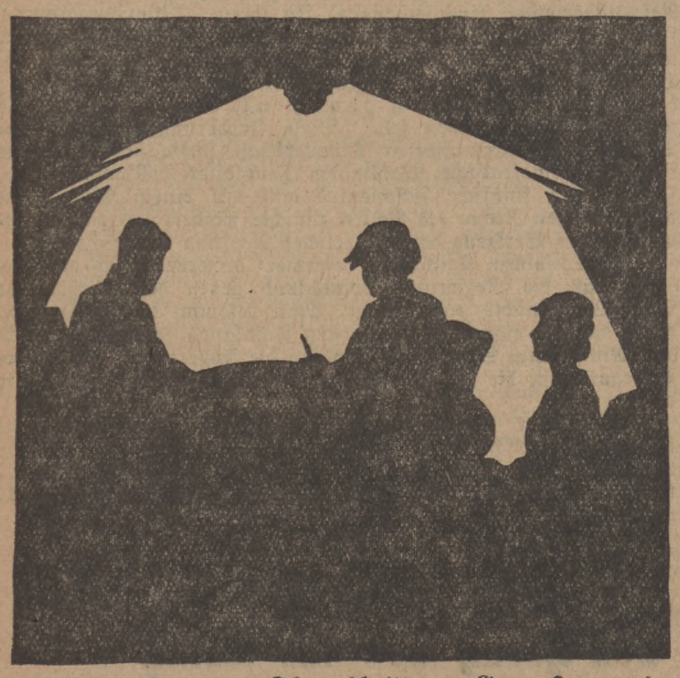
„Das hat die Mutter gewollt?" fragte die Greisin.

„Soldat? Nein. — Student? Nein. Ich habe sie ja nicht mehr."

Jetzt aber fühlte Aube, daß die Junge ihn ansah. Sie mochte ihn schon immer angesehen haben, jetzt aber wurde ihr Blick allzulang. Was sollte er diesen Blick fürchten! so sah auch er sie an. Sie war schön. Doch war sie nicht so jung, vielleicht 23 wie er, und schien älter. Ihr Blick war demütig und groß. Aube sagte und hielt klopfenden Herzens diesen verwölkten Blick aus —: „Wie bin ich nur hierhergekommen? Gestern noch war ich drüben, anderswo . . ."

„Nicht wahr!" Nun lag in dem jungen Frauengesicht eine Röte und ein Lächeln bloß, und ein lieber Spott, — so daß Aube die Hand ausstreckte, sie aber noch im letzten Augenblick erwischte und zum Sinken brachte. Und nun, um seiner Verwirrung Herr zu werden, begann er zu erzählen. Was aber erzählte er diesen Damen?

Er erzählte ihnen von kleinen Dingen, die man in Zimmern sieht — soweit sein Wortschatz reichte. War er auch nicht ein Kenner dieser Dinge, so war er doch ihr Liebhaber. Von einer



Scherenschnitte von Georg Hempel

Wanduhr, welche unbegreiflicherweise „Kuckuck" rufen kann; von den Wänden eines Zimmers, seiner Decke und der herunterhängenden Lampe; einer Zeugblume, die an dieser befestigt ist; einer weißen Tischdecke mit ihren verzwickten Falten. Dieses Mädchen ist kein Mädchen, sondern eine Frau, dachte er dabei. Ihre Augen waren nun ernst und zogen ihn warm hinüber. So sah er von ihr fort, hatte die alte Dame bereits vernachlässigt und begann jetzt ihrethalb von Blumen zu erzählen, und wie man sie pflegt. Die Frauen blickten auf ihre Handarbeiten. Es war, als ob die Geschichten sie antrieben. Er fand viele dieser Art, verlegte dann sein Gebiet auf den Hof, in den Garten. Er wurde hitzig dabei.

Genau hinter der Greisin hing ein breiter Spiegel nieder. Dort in der schwarzen Tiefe sah er plötzlich sein Gesicht. Doch erkannte er sich nicht sogleich, erblickte nur helle aufjagende Scheine, Vögel . . . und wußte dann, daß es seine Hände waren, die sich spiegelten, zu Vogelleibern zusammengelegte Finger, die aufflogen, hier, dort, mitten in den eiligsten Geschichten. Da aber auch sah er sein Gesicht und war schon verstummt in seinem Satze, wußte nichts mehr und legte die Hände auf die Kniee. Sein Gesicht, dort im Spiegel, blieb.

Danach sprachen die Damen, zumeist die Junge, auch sie von kleinen, doch wichtigen Dingen: von einer kleinen Kirche, von Glockenläuten, Hausarbeit und dem Wetter der ganzen Woche. Aube verstand nicht alles. Endlich merkte sie es und schwieg erglühend. Er erhob sich wortlos und faßte den Knopf der Stuhllehne. Die Greisin, indem sie nun zum erstenmal ihre Handarbeit niederlegte, sagte ganz ernst: „Sie gehen, Herr Leutnant — Gott geleite Sie. Es war schön mit Ihnen."

Aube fand keine Antwort, wagte auch nicht mehr, die Junge sich noch anzusehen, stammelte:

„Morgen wieder fort, ja."

Er verbeugte sich und ging hinaus. Sein Herz klopfte noch, als er, nachdem er die Pfeife noch einmal leergeraucht hatte, das Bett erstieg. Ein langer Tag, ein ungeahnt geendeter Tag! Das Bett so weich, so groß, nirgends mit Händen und Füßen die Kante zu fassen! Und wo der Rittmeister? Und wo die Kompanie? Und wo Regen, Stollen bei Tauwetter und verschmutzter Strohsack? — Dieser lag nun vor der Tür in der Nässe, weil die Magd es so wolle. Und schlief.

Mitten in der Nacht erwachte er, hob den Kopf und fragte: „Hatte ich denn nicht abgeschlossen?"

„Bestimmt nicht", flüsterte jemand, der im verdeckten Mondlicht mitten in der dreieckigen Kammer stand. Es war nicht die alte Dame, wie er gedacht. Ihr Haar hier war schwarz und lang, ihr Kleid weiß. So war's die Junge.

„Gehen Sie im Monde?" fragte erschrocken Aube, wollte aufstehen, war jedoch nicht angezogen.

„Nein." Es lachte nur aus ihrer Kehle, schnurrte, platzte los: „Ich friere hier!"

„So liegt dort mein Mantel, Warten Sie, ich stehe auf . . ." er stockte. „Ist's ein Traum?"

„Wir tun's einfacher", sagte schlicht das junge Weib und kam in sein Bett, nicht ganz nahe. Ihr Mund flüsterte: „Sie reisen ja morgen fort, so blieb ich wach."

Noch war es wohl Aube ein halber Traum, doch drang Wärme zu ihm her, ganz nahe Wärme. Er begann plötzlich zu weinen, griff zu; da griffen sie sich beide. —

(Fortsetzung folgt.)

Hessen und der Einheitsstaat

Von Amtsgerichtsrat B. Thurn, Friedberg (Hessen)

Daß in Hessen die Forderung des Einheitsstaates, d. h. einer Neugliederung in „Reichsprovinzen", die nicht nach geschichtlichen Zufälligkeiten, sondern nach natürlichen Zusammenhängen und Notwendigkeiten von Wirtschaft und Verkehr gebildet sind, stets begeisterte Anhänger hatte, wird ohne weiteres verständlich, wenn man die Karte Hessens betrachtet, das aus drei unzusammenhängenden Provinzen besteht, die ihren Mittelpunkt, ihre natürliche Hauptstadt — Frankfurt a. M. — entbehren müssen. Vier Minister, über 300 Ministerialbeamte, 70 Abgeordnete werden aufgeboten, um ein Ländchen mit 1,3 Millionen Einwohnern, kleiner als eine preußische Provinz, zu regieren!

So sind Unitarier nicht nur Sozialdemokraten und Demokraten: auch in andern Parteien, so der DVP., hat der Einheitsstaat viele Freunde. Man sollte meinen, daß dieses Streben des Volkes nach dem Einheitsstaat im Landtag ein starkes Echo gefunden hätte. Dem ist nicht so.

Erst im Wahlkampf Ende 1927 erhob eine Partei — die Demokratische — die Forderung des Einheitsstaates zur Wahlparole. Sie stellte auch in der konstituierenden Versammlung des neuen Landtags den Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, der prüfen sollte, welche praktischen Schritte zur Vorbereitung des (dezentralisierten) Einheitsstaates getan werden könnten. Der Antrag ging an eine Kommission und ward dort begraben.

Am 18. Januar 1929 machte der hessische Innenminister, der Sozialdemokrat Leuschner, in der „Frankfurter Zeitung" den Vorschlag, im rhein-mainischen Gebiet als Vorläufer und zur Vorbereitung der Einheitsstaatsform ein Reichsland aus hessischen und preußischen Gebietsteilen zu schaffen.

Sein Parteifreund, der preußische Innenminister Grzesinski, lehnte an gleicher Stelle den Vorschlag ab, der Preußen wertvolles Gebiet wegnähme, und schlug vor, eine preußisch-hessische Verwaltungsgemeinschaft einzugehen. Etwa gleichzeitig nahm der hessische Staatspräsident, der Sozialdemokrat Adelung, im Landtag Stellung. Im Gegensatz zu Leuschner verlangte er eine Gesamtlösung. Ein Anschluß Hessens an Preußen wurde abgelehnt, da dieses Aufgehen nicht zum Einheitsstaat führe. Sache der Länderkonferenz sei es, den Weg zum Einheitsstaat zu untersuchen.

Die Arbeiten dieser Länderkonferenz sind heute abgeschlossen. Der Vorschlag ihres Verfassungsausschusses ist bekannt. Ich erinnere: die preußische Zentralgewalt soll verschwinden, Reichsregierung und preußische Zentralregierung werden vereinigt, die preußischen Behörden werden Reichsbehörden. Preußen wird mit den benachbarten Ländern Norddeutschlands zu Reichsprovinzen („Länder neuer Art") vereinigt. Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen bleiben als „Länder alter Art" bestehen und behalten in der Hauptsache alle bisherigen Rechte. Nicht einmal die Justizverwaltung soll reichseigen werden! Was mit Hessen und Thüringen werden soll, wird nicht gesagt. Bezüglich dieser Länder werden nur ganz allgemein gewisse Möglichkeiten angedeutet.

Mit Recht hat Adelung erklärt, daß er einer solchen Reglung („Scheinlösung") nicht zustimmen könne. „Bei einer Differenzregierung so hohen Ausmaßes zwischen dem Norden und dem Süden besteht kein Recht, davon zu reden, daß man auf dem Wege zur deutschen Einheit sei."

Ich darf mich deutlicher ausdrücken: Die Länderkonferenz wusch den Pelz, ohne ihn naß zu machen. Man wollte es allen recht machen, und hat es niemandem recht gemacht.

Der Vorschlag des Verfassungsausschusses geht jetzt an die Reichsregierung. Daß er niemals Gesetz wird, ist jedem Einsichtigen klar. Kein Republikaner kann den Vorschlag gutheißen. Solange nicht Süddeutschland und Sachsen dem Reiche geben, was es zur Stärkung seiner Stellung bedarf, darf Preußen, dieser starke Hort republikanischer Freiheit, nicht zerschlagen werden. Ein starkes Preußen — man denke an Thüringen und Sachsen — ist heute nötiger denn je.

So hat der Weg zum Einheitsstaat über die Länderkonferenz nicht zum Ziele geführt.

Es muß eine neue, möglichst einfache Lösung versucht werden, nicht, wie Leuschner richtig unlängst aussprach, „differenzierende Endlösungen" sind anzustreben, sondern „organische Teillösungen". Der einzige gangbare Weg ist der der Verhandlung zwischen Hessen und Preußen, mit dem Ziel eines möglichst engen Anschlusses Hessens an Preußen. Dieser Gedanke gewinnt in Hessen immer mehr Anhänger. Die Demokratische Partei Hessens widmete ihm am 6. April 1930 einen außerordentlichen Parteitag, der eine Mehrheit für den Anschluß ergab. Eine sozialdemokratische rheinhessische Bezirksversammlung forderte unlängst den Anschluß, für den auch der Volksparteiler und Landtagsabgeordnete Freiherr Heyl von Herrnsheim eintrat.

Auffällig ist, daß die hessische Regierung sich bisher für den Gedanken nicht erwärmen konnte. Sie wird ihre Stellungnahme revidieren müssen.

Es sei zu den Gründen für und wider den Anschluß kurz Stellung genommen. Die jetzige Kräfteverteilung im Reiche vermag uns den Einheitsstaat nicht zu bringen. Es muß deshalb eine andre Verteilung der Kräfte erfolgen, die „Großpreußen" bringen soll. Preußen muß so stark werden und ein solches Uebergewicht im Reich erhalten, daß die widerstrebenden Staaten einst im eigensten Interesse ihm den Vorschlag machen: Zerlegen wir das Reich in Provinzen eines und gleichen Charakters! Dann haben wir, was wir brauchen. Dann muß und wird sich Preußen gern „zerschlagen" lassen. Niemals hätte Bismarck 1871 das Reich gegründet, wenn Preußen nicht so stark und dominierend gewesen wäre. Es wird nötig sein, um die innere Reichseinheit zu erringen, Preußen so stark zu machen wie möglich.

Hierbei ist Artikel 61 der Reichsverfassung ein gewisses Hindernis. Kein Land darf im Reichsrat durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein. Mag also Preußens Gebiet sich durch den Anschluß der kleinen Länder vergrößern, so wächst doch nicht entsprechend seine Macht im Reichsrat. (Eine Abänderung der Bestimmung durch den Reichstag ist nicht zu erwarten. Deshalb wird zunächst zweckmäßig sein, daß die für den Anschluß in Betracht kommendeen Länder (Hessen, Braunschweig, Oldenburg, die beiden Mecklenburg usw.) nicht in Preußen „aufgehen", sondern nur „Verwaltungsgemeinschaften" gründen, dergestalt, daß den kleinen Ländern die Stimmen im Reichsrat erhalten bleiben, die natürlich dann im „preußischen" Sinne abzugeben sind.

Fordern einst die süddeutschen Staaten und Sachsen selbst die Reichsprovinzen gleicher Art, muß selbstverständlich die Reichsverfassung geändert, der Reichsrat neugebildet werden. Traut man Preußen zu, daß es ihm nur darauf ankomme, ein zentralistisch zusammengefaßtes Großpreußen zu schaffen, so bietet der vorgeschlagene Weg Gefahren. Doch tut man Preußen Unrecht: es hat stets betont, daß es im Interesse einer Gesamtlösung Opfer bringen wird. Daß es sich nicht aufteilen läßt, solange die süddeutschen Staaten in ihrer bisherigen Form weiterbestehen, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden. Richtig ist, daß Preußen ab und zu harte Worte für die nicht lebensfähigen kleinen Länder gefunden hat. Es will diesen nicht dauernd im Wege des Finanzausgleichs helfen, solange der Osten Not leidet. Mag das nicht immer geschmackvoll gesagt worden sein: in der Sache hat Preußen Recht. Es ist keine nationale Sache, den kleinen Staaten, die nicht lernen können, „in Schönheit zu sterben", zu helfen.

Aengstliche Gemüter unken von den Gefahren einer neuen „Mainlinie", falls Preußen sich mit den Ländern rechts des Mains zusammenschließt.

Ziehen süddeutsche Staaten aus einem solchen Zusammenschluß für das Reich schädliche Konsequenzen, so trifft nur sie die Verantwortung. Doch bestehen keine Befürchtungen. Das Band, das die deutschen Stämme umschlingt, ist so stark, daß es nie mehr zerreißen wird. Es sind ja nicht mehr die Fürsten, die Politik machen (Rheinbund!), heute bestimmt das deutsche Volk sein Geschick.

Auch die kulturelle Eigenart Hessens wird durch den Anschluß an Preußen nicht bedroht. Im „zentralistischen" Preußen haben Rheinländer, Westfalen, Pommern usw. stets ihre Eigenart bewahrt.

Von der hessischen Regierung wird ein Einwand gemacht, den Minister Leuschner so formuliert hat:

„Allgemeine Auffassung ist es, daß eine Veränderung aus eignen Kräften so lange nicht angestrebt werden soll und kann, bis durch Behebung der Finanzmisere das Land objektiv und subjektiv seine Handlungsfreiheit wiedergewonnen hat."

Der Einwand ist alt. Bereits 1926 hat der inzwischen verstorbene demokratische Finanzminister Henrich dasselbe gesagt. Seitdem hat sich die Finanzlage Hessens verschlechtert. Der Standpunkt der Regierung heißt beinahe, die Frage des Einheitsstaates auf den sogenannten Nimmerleinstag vertagen. Wie kann man zudem bei Hessen, dessen Reichtum an Domänen und Forsten erst jüngst der Sparkommissar hervorgehoben hat, davon reden, daß ihm die Handlungsfreiheit fehlt? Und spielt für uns überzeugte Unitarier die Finanzfrage nicht eine ganz untergeordnete Rolle? Gehen wir aber auf sie ein! Ist es Preußen nicht verhältnismäßig leicht gelungen, sein Budget zu balancieren? Ist es Hessen gelungen? Wird es ihm bei den lokalen Widerständen gegen jeden Behördenabbau und die sonstigen Sparvorschläge gelingen? Preußen wird mit einem hessischen Defizit jedenfalls leicht fertig werden. Er fällt im preußischen Budget kaum ins Gewicht.

In der „Frankfurter Zeitung" hat ein preußischer Verwaltungsfachmann die Ersparnisse Hessens bei weitgehender Verwaltungsgemeinschaft auf etwa 7 Millionen Reichsmark berechnet. Dadurch wäre Hessen (nach Verabschiedung des sogenannten „Sofortprogramms") schon geholfen.

Schließlich: Kommt als Endlösung die Zerlegung des Reichs in Reichsprovinzen, so wird Hessen mit angrenzendem preußischem Land zu einer Provinz vereinigt werden. Hauptstadt wird Frankfurt a. M. werden. Wird die Endlösung durch die vorgeschlagene „organische Teillösung" erschwert? Ob aus dem zusammengeschlossenen Land die Provinz gebildet wird oder aus den zwei Staaten: das bleibt sich doch ganz gleich. Im ersten Fall geht die Bildung sogar leichter! —

Aus allen diesen Gründen muß jeder Hesse, der nach dem Scheitern der Länderkonferenz praktische Arbeit leisten will, den Anschluß Hessens an Preußen fordern.

Kameraden vom Reichsbanner! Durchdenkt die Fragen, die ich nur flüchtig aufwerfen konnte! Verschafft euch Klarheit! Dann geht hinaus und werbt für den Einheitsstaat! Ein erster Schritt hierzu ist der Anschluß Hessens an Preußen! —

Reichsbanner-Beobachter

Erkaufte Gesinnung.

Aus Ober-Ohmen wird uns berichtet, daß der dortige Nazihäuptling versucht hat, Leute für eine Lastwagenfahrt nach Frankfurt zu werben. Auch einen uns nahestehenden Mann, dem die Teilnahme dadurch schmackhaft gemacht wurde, daß man ihm mitteilte, daß ihm keinerlei Fahrunkosten entstehen würden und außerdem noch fünf Mark Tagesspesen zur Auszahlung gelangten. In diesem Falle schlug das verlockende Angebot aber fehl, in wieviel andern mag es Erfolg gehabt haben?

Wer noch Zweifel darüber hatte, daß das Wort „Moral" bei den Nazis keine Geltung hat, dürfte nun eines Bessern belehrt sein. Selbstverständlich wird man das Ober-Ohmer Vorkommnis in der nationalsozialistischen Presse als die Eigenmächtigkeit eines Untergeordneten hinzustellen versuchen, doch werfen wir gleich im voraus die Frage nach der Geldquelle dieses Untergeordneten auf. Eine Partei, die mit solch schäbigen Mitteln ihre Versammlungen zu füllen bestrebt ist, hat sich selbst ihr Urteil gesprochen. Sie ist das Sammelbecken der politisch Entgleisten und moralisch Skrupellosen. —

*

Ein Freispruch.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung war in Frankfurt a. d. O. an einem Platze, nachdem zuvor die Straßenlaternen gelöscht waren, ein Auto der Schutzpolizei mit Steinen beworfen worden. Dem Kameraden Baldermann wurde vorgeworfen, sich an dem Ausdrehen der Straßenlaternen und den Steinwürfen auf das Polizeiauto beteiligt zu haben. Er wurde infolgedessen wegen Landfriedensbruches unter Anklage gestellt. Die Anklage beruhte auf der Anzeige eines den Kommunisten nahestehenden Ehepaares, die sich in der Verhandlung als ein gemeiner Racheakt herausstellte. Das Gericht sprach den Angeklagten Baldermann frei und betonte, daß die völlige Unschuld des Angeklagten festgestellt sei. —

*

Von Kameraden gerettet.

Auf der Müggelspree, nahe dem Dämeritzsee, kenterte am Sonntag, dem 3. August, ein mit zwei Personen besetztes Paddelboot. Die eine Insassin, eine Frau, die nicht schwimmen konnte, wurde von einem vorbeikommenden Vierer der Reichsbanner-Ruderriege vom Tode des Ertrinkens gerettet. Die verunglückte Paddlerin kam am Ufer nach kurzen Wiederbelebungsversuchen, die der Steuermann des Vierers, W. Neumann, vornahm, wieder zum Bewußtsein. —

*

Ein schwarzweißrotes Bad.

In Mecklenburg gibt es das Ostseebad Boltenhagen. Dort wurde der Frau eines unsrer Kameraden von der Sandburg eine schwarzrotgoldene Fahne und vier Wimpel durch den nationalsozialistischen Kaufmann Henri Luther aus Braunschweig gestohlen. Die Beschwerde wurde von der Badeverwaltung eifig aufgenommen. Kein Wunder, die hat ja selbst am Landungssteg schwarzweißrot geflaggt! Vielleicht merken sich die Republikaner das Ostseebad Boltenhagen als einen Ort, in dem die Badeverwaltung keinen Wert darauf legt, den Republikanern zu ihrem Rechte zu verhelfen, und ziehen daraus ihre Konsequenzen. —

*

Eingreifen des Regierungspräsidenten

Mitte Juni d. J. überfielen in Cammin in Pommern, wie mitgeteilt, Nationalsozialisten eine Reichsbannerabteilung, wobei sie 14 Personen verletzten. Da die Ortspolizei völlig versagte, konnten die Nationalsozialisten erst durch das herbeigerufene Stettiner Ueberfallkommando gebändigt werden. Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin wandte sich deshalb an den republikanischen Regierungspräsidenten Dr. Hans Simons in Stettin, der bekanntlich wegen der reaktionären [illegible]uktion sein Amt bisher nur kommissarisch verwaltet. Regierungspräsident Dr. Simons hat der Beschwerdestelle am 6. August einen Bescheid erteilt, in dem es u. a. heißt:

„Der Landrat war an dem fraglichen Tag ortsabwesend. Die Nationalsozialisten hatten sich erst am Vormittag des 15. Juni entschlossen, ihre Nachmittagsveranstaltung stattfinden zu lassen. Infolgedessen konnte der Landrat persönlich auch nicht eingreifen. Daß er ausdrücklich die Erlaubnis zum Tragen der Uniform erteilt hätte, wird von ihm entschieden in Abrede gestellt und ist nach dem Vorhergehenden auch als ausgeschlossen anzusehen. . . . Dagegen habe ich das Verhalten der Ortspolizei ernstlich rügen müssen.

Simons.

Wie aber verhält es sich mit der zu späten Veröffentlichung des Uniformverbotes? —